

Schriftenreihe der Hochschule Speyer

Band 37

Öffentlicher Dienst und politischer Bereich

Vorträge und Diskussionsbeiträge
der 35. Staatswissenschaftlichen Tagung
der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
1967



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Öffentlicher Dienst und politischer Bereich

Schriftenreihe der Hochschule Speyer

Band 37

Öffentlicher Dienst und politischer Bereich

Vorträge und Diskussionsbeiträge
der 35. Staatswissenschaftlichen Tagung
der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
1967



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1968 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1968 bei Alb. Sayffaerth, Berlin 61
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort des Tagungsleiters, Professor Dr. <i>Franz Knöpfle</i>	9
Aus der Begrüßung durch den Rektor, Professor Dr. <i>Hans Ryffel</i>	11
Staatssekretär <i>Fritz Duppré</i> , Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz:	
Der leitende Beamte und die politische Spitze des Amtes	14
Aussprache zu dem Vortrag von Fritz Duppré. Bericht von Assessor <i>Alfons Noll</i> , Wissenschaftlicher Referent am Forschungsinstitut der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	31
Regierungspräsident i. R. Dr. <i>Michael Fellner</i> , Augsburg:	
Staatsbehörden im politischen Spannungsfeld	37
Aussprache zu dem Vortrag von Michael Fellner. Bericht von Assessor <i>Alfons Noll</i> , Speyer	49
Senatspräsident am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Dr. <i>Johann Schmidt</i> , München:	
Politische Betätigungsfreiheit und dienstrechtliche Loyalitätspflicht ...	55
Aussprache zu dem Vortrag von Johann Schmidt. Bericht von Assessor <i>Alfons Noll</i> , Speyer	69
Ministerialdirigent Dr. h. c. <i>Peter Rößler</i> , Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart:	
Unvereinbarkeit von Amt und Mandat — Rechtsfragen der Rechtsstellungsgesetze	81
Aussprache zu dem Vortrag von Peter Rößler. Bericht von Assessor <i>Alfons Noll</i> , Speyer	103
Oberbürgermeister Dr. <i>Richard Kunze</i> , Rastatt:	
Der kommunale Wahlbeamte zwischen staatlicher Behörde und kommunalem Vertretungsorgan	112
Aussprache zu dem Vortrag von Richard Kunze. Bericht von Assessor <i>Peter-Bernd Lüdtke</i> , Wissenschaftlicher Assistent an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	126

Präsident des Bundesrechnungshofes <i>Volkmar Hopf</i> :	
Beamteter und parlamentarischer Staatssekretär	129
Aussprache zu dem Vortrag von Volkmar Hopf. Bericht von Assessor <i>Peter-Bernd Lüdtk</i> e, Speyer	139
Professor Dr. <i>Werner Thieme</i> , Universität Hamburg:	
Der „politische Beamte“ im Sinne des § 31 Beamtenrechtsrahmengesetz	149
Aussprache zu dem Vortrag von Werner Thieme. Bericht von Assessor <i>Peter-Bernd Lüdtk</i> e, Speyer	167
Professor Dr. <i>Georg Smolka</i> , Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer:	
Zivilcourage — auch im öffentlichen Dienst?	174
Aussprache zu dem Vortrag von Georg Smolka. Bericht von Assessor <i>Peter-Bernd Lüdtk</i> e, Speyer	196
Professor Dr. <i>Franz Knöpfle</i> , Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer:	
Schlußwort	198
<i>Anhang</i> : Verzeichnis der von der Hochschule für Verwaltungswissen- schaften Speyer veranstalteten staatswissenschaftlichen Fortbildungs- tagungen, Internationalen verwaltungswissenschaftlichen Arbeitstagungen und Sondertagungen 1947—1967	205
Personenverzeichnis	207
Sachverzeichnis	208

Teilnehmer an der Aussprache*

<i>Anders, Georg, Dr., Staatssekretär i. R., Bonn</i>	106 f., 170 f.
<i>Baer, Fritz, Dr., Ministerialdirektor, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, München</i>	31 f., 33
<i>Barth, Eberhard, Dr., Senatspräsident i. R., München</i>	71 f.
<i>Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Dr. Dr., o. Professor, Universität Heidelberg</i>	142 ff.
<i>Boissereé, Klaus, Dr., Ministerialdirigent, Düsseldorf</i>	73 f.
<i>Emmerig, Ernst, Dr., Regierungspräsident, Regensburg</i>	75
<i>Evers, Hans-Ulrich, Dr., o. Professor, Technische Hochschule Braunschweig</i>	74 f.
<i>Frowein, Jochen, Dr., Universitätsdozent, Bonn</i>	75 f.
<i>Geffers, Wilhelm, Ministerialrat i. R., Hannover</i>	110 f.
<i>Geiger, Willi, Dr., Professor, Bundesverfassungsrichter, Karlsruhe</i>	139 f.
<i>Goedecke, Otto, Regierungsrat, München</i>	109 f.
<i>von der Groeben, Claus, Staatssekretär i. R., Kiel</i>	49 ff.
<i>Günder, Heinz, Dr., Regierungspräsident, Würzburg</i>	126
<i>Herzog, Roman, Dr., o. Professor, Freie Universität Berlin</i>	34, 103 ff.
<i>Imroll, Walter, Dr., Beigeordneter, Düsseldorf</i>	33 f., 197
<i>Kafka, Gustav E., Dr., o. Professor, Universität Graz</i>	196 f.
<i>Knöpfle, Franz, Dr., o. Professor, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer</i>	32 f., 52 ff., 69 ff., 127 f., 140 f., 144 ff.
<i>Kölble, Josef, Dr., Ministerialdirigent, Bonn</i>	171 f.
<i>Korte, Heinrich, Dr., Leitender Regierungsdirektor, Hannover</i> ...	34, 107 f., 172
<i>Küchenhoff, Erich, Dr., Universitätsdozent, Münster</i>	72 f.
<i>Maurer, Hartmut, Dr., Universitätsdozent, Tübingen</i>	171
<i>Partsch, Karl-Josef, Dr., o. Professor, Bonn</i>	108 f., 144
<i>Schäfer, Hans, Dr., Staatssekretär i. R., Bad Godesberg</i>	141 f., 169 f.
<i>van Scherpenberg, Albert Hilger, Dr., Botschafter i. R., Hohenpeißenberg</i>	147, 167 f.
<i>Schmidt, Johann, Dr., Senatspräsident, München</i>	169
<i>Scholler, Heinz, Dr., Privatdozent, Regierungsrat, München</i>	73, 108
<i>Ule, Carl Hermann, Dr., o. Professor, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer</i>	32, 76 ff., 168 f.

* Ohne Beiträge der Vortragenden zu ihrem Referat.

Vorwort des Tagungsleiters

Im parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat bildet der „Bereich der Regierung“ das Feld, auf dem die politischen Kräfte ihre Vorstellungen über die richtige Lenkung des Staatsganzen — legitimerweise — zu verwirklichen suchen. Aus der steten Auseinandersetzung zwischen Regierung und Regierungsparteien wie auch zwischen der die Regierung tragenden Parlamentsmehrheit und der Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments, die in der öffentlichen Meinung eine Stütze erhalten kann, ergibt sich der „politische Kurs“, der im Rahmen der verfassungsmäßigen Grundordnung eingeschlagen wird.

Die öffentliche Verwaltung als solche ist demgegenüber im gewaltenteilenden Verfassungsstaat an diesem Ringen um die politische Richtung nicht unmittelbar beteiligt. Sie bewegt sich innerhalb der bestehenden Rechtsordnung, so wie diese von den dazu verfassungsmäßig berufenen Trägern der politischen Macht gestaltet wird. Ihre Amtsträger auf allen Ebenen werden jedoch in mannigfacher Weise mit politischen Bestrebungen und Fragestellungen konfrontiert: Zahlreiche öffentliche Ämter sind auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit politischen Organen hin angelegt oder werden im Wege der Wahl oder Absprache unter politischem Vorzeichen besetzt. Hinzu kommt, daß Organwalter trotz ihrer rechtlichen Pflicht zu einer ausschließlich an den Belangen des „Gemeinwohls“ auszurichtenden Amtsführung nicht daran gehindert sind, von den in der Verfassung verbürgten staatsbürgerlichen Freiheiten Gebrauch zu machen, sei es durch aktive politische Betätigung, sei es durch kritische Meinungsäußerung zu Erscheinungen des öffentlichen Lebens.

Diese Berührungen und Verzahnungen der öffentlichen Verwaltung mit der Politik in der parteienstaatlichen Demokratie führen in mancher Hinsicht zu Spannungen und Konflikten: So können sie auf der einen Seite der partei- und gruppenpolitischen Neutralität bei der Wahrnehmung aller amtlichen Aufgaben abträglich sein und andererseits auch den recht- und pflichtmäßig handelnden Inhaber eines öffentlichen Amtes der Gefahr von Maßregelungen aussetzen, wenn er etwa Verhaltenserwartungen einflußreicher politischer Kreise nicht erfüllt.

Die Frühjahrstagung hat sich zum Ziel gesetzt, die hiermit umrissenen Fragen, vor die sich der Angehörige des öffentlichen Dienstes an den „Nahtstellen“ zwischen Verwaltung und politischem Bereich gestellt

sieht, in Vorträgen und Aussprachen unter verschiedenen Gesichtspunkten zu beleuchten und dadurch zur weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem staatspolitisch bedeutsamen Fragenkreis, der neben der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen auch der staats-, politik- und sozialwissenschaftlichen Betrachtung bedarf, anzuregen.

Franz Knöpfle

Aus der Begrüßung durch den Rektor Professor Dr. Hans Ryffel

Im Namen der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer möchte ich Sie zu unserer 35. Staatswissenschaftlichen Tagung begrüßen. Sie alle, meine Damen und Herren, die Sie vornehmlich als Vertreter von Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sowie von Verbänden an unserer Veranstaltung teilnehmen, seien herzlich willkommen geheißen. Ich möchte meiner ganz besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie in so überaus stattlicher Zahl, wie sie die Hochschule noch nie zuvor zu einer Tagung unter ihrem Dach vereinen konnte, zu uns gekommen sind.

Allen Referenten, aber auch den im Programm aufgeführten ersten Diskussionsvotanten, danke ich im Namen der Hochschule für ihre freundliche und großzügige Bereitschaft, an unserer Tagung mitzuwirken. Damit möchte ich den Dank an unseren Kollegen, Herrn Professor Dr. *Franz Knöpfle*, verbinden, der die große Mühe auf sich genommen hat, unsere Tagung mit ihrem reichhaltigen Programm vorzubereiten. Die Veranstaltung steht unter seiner wissenschaftlichen Leitung; er wird auch der Diskussion präsidieren.

Zwar interessiert unser Thema unmittelbar vor allem die Angehörigen des höheren Dienstes. Darüber hinaus betrifft es aber entscheidende Fragen des heutigen Staatslebens und ist deshalb von allgemeinem Interesse für den Staatsbürger. In einzelnen Teilen, so in bezug auf den beamteten und den parlamentarischen Staatssekretär, ist das Thema gar von ganz besonderer Aktualität.

Wiederum haben sich Vertreter der Wissenschaft und der Praxis zusammengefunden, was ohne Zweifel auch diesmal der allseitigen Beleuchtung der zur Erörterung stehenden Fragen zustatten kommt. Unter den Wissenschaftlern befindet sich auch ein Historiker, unser Speyerer Historiker übrigens. Es hat sich (wenn ich mir diese kollegiale Zwischenbemerkung erlauben darf) der Schüchternheit, deren er sich selber rühmt, entledigt und sich den Juristen und Verwaltungsleuten zugesellt, um einmal einen Abstecher in die Verwaltungsgeschichte zu machen. In der Tat, wir glaubten, daß es empfehlenswert sei, das Einzelthema „Zivilcourage — auch im öffentlichen Dienst“?, das nicht ohne Grund mit einem Fragezeichen versehen ist, in die objektivierende historische Perspektive zu rücken.